



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schleswig-Holstein und Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Schleswig-Holstein und Preußen.

Als Herzog Friedrich dem Rufe seines Landes folgend nach Holstein abreiste, war er sich zuverlässig bewußt, daß dieser Schritt von entscheidender Wichtigkeit für sein Land und ihn selbst sein werde. Auch von warmen Freunden der schleswig-holsteinischen Sache wurde dagegen geltend gemacht, daß diese Reise einem Theil der befreundeten Bundesregierungen als eine unnöthige, sie selbst compromittirende Erschwerung ihrer Stellung zu den Dänen und zum Bunde erscheinen werde, und daß der Unwille über dies kreuzende Vorgehen des Herzogs diese Regierungen vielleicht sogar bestimmen könne, in ihrer Thätigkeit zu seinen Gunsten aufzuhören. Diese Besorgniß war nicht eitel; dies hat die letzte Abstimmung am Bunde gezeigt, bei welcher Sachsen seiner Empfindlichkeit über einen Schritt, der dort voreilig genannt wurde, für einen Augenblick starken Ausdruck gegeben hat, indem es für die Entfernung des Herzogs aus seinem Lande votirte und dadurch die sicher zu erwartende Majorität von zehn gegen sechs Stimmen auf das Verhältniß von neun gegen sieben herunterbrachte. Es steht demungeachtet von dem Rechtsgefühl und Patriotismus der sächsischen Regierung zu hoffen, daß sie in der Hauptfrage, der Abstimmung über die Successionsrechte des Herzogs, die Gesinnung wieder bewahren wird, welche sie außerdem an den deutschen Höfen, wie durch ihren Commissar und Oberbefehlshaber erwiesen hat.

Es ist aber beinahe unnöthig, in der deutschen Presse auszusprechen, daß die Ueberriedung des Herzogs nach Holstein nicht allein, ja nicht einmal vorzugsweise nach Rücksichten der politischen Zweckmäßigkeit zu beurtheilen ist. Allerdings sind wir der Ueberzeugung, daß auch die besten Zweckmäßigkeitsgründe sein Auftreten in Holstein nothwendig machten. Denn es wäre arge Täuschung, zu hoffen, daß diese große Angelegenheit in dem ruhigen Fahrwasser von Bundesverhandlungen zu Ende geführt werden wird. Die Gunst des Schicksals, welche der Herzenssache des deutschen Volkes jetzt zu Theil wurde, ist nach vieler Richtung nur scheinbar; in dem schweren Kampfe, welcher gegen die Forderungen der Großmächte bevorsteht, ist es vielleicht entscheidend, daß der Wille eines Mannes, der entschlossen ist alles zu wagen, und daß das innige Einverständniß eines Fürsten mit seinem Volke eclatant und unwiderrüflich vor Europa festgestellt wird. Aber selbst dieses Motiv dürfte nicht das beste sein. Der letzte bestimmende Grund mußte dem Herzog die Forderung seiner Ehre und seines Gewissens werden. Sein Land hatte ihn feierlich ausgerufen und hatte ihn gefordert. Tausende hatten ihre eigene Existenz, ihre ganze Zukunft, das Schicksal ihrer Familien daran gesetzt, weil sie ihn anerkannt und für das Land begehrt hatten. Wie durfte er zögern, dasselbe zu thun? Und unwiderstehlich mußte die Mahnung für ihn werden, daß er von dem Tage ab Freiheit und Leben zugleich mit seinem Volke einzusetzen habe. Wer von der tiefen und leidenschaftlichen Bewegung, welche jetzt die Herzen unserer Landsleute in Holstein erfaßt hat, Zeuge gewesen ist, und wer eine Empfindung für die fast religiöse Begeisterung hat, mit welcher dieser Stamm sein Verhältniß zu Deutschland und zu dem rechtmäßigen Landesherren, der ihm seinen Zusammenhang mit Deutschland sichert, aufgefaßt hat, der wird den Einzug des Herzogs bei seinem Volke weder vorzeitig noch zeitgemäß nennen, sondern er wird ihn als Act eines redlichen Gemüths auffassen, dem gar keine Wahl blieb, so oder anders zu handeln. Eine Deputation aus Holstein kam nach Gotha, um den Herzog in sein Land zu laden, als er bereits in der Stille abgereist war. Da ihnen dort von dem Herzog von Gotha eröffnet wurde, daß ihr Wunsch bereits

erfüllt sei, brachen, wie erzählt wird, ehrbaren und festen Männern die Freudenthränen aus den Augen. Politik ist eine Thätigkeit, bei welcher sentimentalen Empfindungen sehr ungern eine Verechtigung eingeräumt wird, in diesem Falle hatte das treue Gemüth des Volkes das höchste Recht; denn auf diesem Gemüth beruht unsere beste Hoffnung auf eine gute Lösung.

Auch die Ansicht, daß der Herzog bereits einige Tage früher in sein Land hätte abreisen sollen, ist jetzt unwesentlich; er ist darin, und wie wir hoffen, entschlossen, unter allen Umständen darin zu bleiben. Bis zu dem Tage, an welchem die Majorität am deutschen Bunde die Anerkennung seines Erbrechts ausspricht, ist allerdings seine Stellung zu den Bundescommissaren eine sehr delikate, und ihm ist durch jede Rücksicht der Klugheit geboten, die schwierige Lage, in welche Herr v. Könneritz durch die Forderungen Preußens und Oestreichs ohnedies gekommen ist, nicht durch seine Seitenthätigkeit unhaltbar zu machen. Deshalb war seine Aufgabe, die Autorität des Bundes, dessen Majorität seine nächste Hoffnung ist, anzuerkennen. Aber wenn man eine gelegentliche Aeußerung, daß er als Privatmann gekommen sei, auch wegwünschen mag, so ist deshalb doch kein Grund, an der Stellung irre zu werden, welche er von jetzt ab in den Herzogthümern einnimmt. Denn er ist jetzt Führer und Mittelpunkt der großen Volksbewegung geworden, welche die Sache Schleswig-Holsteins vor Europa zu vertreten hat.

Wenn die Anerkennung des Herzogs durch den Bund das letzte Wort wäre, welches die deutschen Souveraine über Schleswig-Holstein auszusprechen hätten, so wäre vieles gewonnen. Denn wir dürfen hoffen, daß diese Anerkennung in kürzester Zeit mit entschiedener Majorität votirt wird. Aber die Politik der beiden deutschen Großmächte ist bis jetzt in Bahnen gegangen, deren abgeneigte Krümmungen zu begreifen einem Deutschen nicht leicht wird.

Zwar die Stellung Oestreichs ist einfach. Es ist dieselbe feindselige Kälte, welche dieser Staat der schleswig-holsteinischen Sache vom Jahre 1848 bis 1852 bewiesen hat, jetzt gesteigert durch die Sorge um Italien, durch ein neues Mißtrauen gegen Frankreich, durch das Bedürfniß fester Allirten. Wir haben der östreichischen Politik nie zugemurhet deutsch zu sein, und wir werden auch die östreichischen Kriegsschiffe, welche der höchspatriotische Senat von Hamburg zum Schutz der Elbmündungen herbeiruft, zwar als eine neue Demüthigung Preußens, aber nicht als einen Act, der aus deutscher Wärme hervorgegangen ist, betrachten. Dagegen ist das bisherige Verfahren der preussischen Regierung von der Art, daß es jeder Forderung der höchsten Staatsinteressen in beispielloser Weise entgegenge arbeitet hat. Wie groß Mißtrauen und Abneigung gegen die gegenwärtige Regierung sind, die Politik, welche dieselbe seit dem Tode des Königs von Dänemark zu Kopenhagen und in Deutschland vertreten hat, ist doch so, daß es den Preußen selbst wahrscheinlich schwer wird, an die Wirklichkeit derselben zu glauben. Und doch ist diese Politik aus den inspirirten Blättern deutlich zu erkennen, und sie wird an den Höfen und in den Regierungskreisen der Mittelstaaten offen mit einer sittlichen Entrüstung verurtheilt, welche dort nicht ohne Beimischung von einem wohlthuenden Schauer ist.

Das officielle Stichwort und die Reflexionen der östreichisch-preussischen Politik waren bis jetzt folgende: Es ziemt, übernommenen Verpflichtungen, d. h. dem Protokoll und Tractat von London treu zu sein. Nun hat allerdings Dänemark seinerseits die Verträge mit Preußen und Oestreich, welche bei Auslieferung der Herzogthümer an die Dänen geschlossen wurden, nicht erfüllt, und es steht nicht nur für Holstein, sondern auch für Schleswig den deutschen Großmächten zu, auf Erfüllung der damals eingegangenen Verbindlichkeiten zu

dringen. Es ist wahr, die Incorporation Schlesiens war ein grober Vertragsbruch, aber dieser Vertragsbruch ist einem neuen und hilflosen Könige durch eine fanatische Partei abgezwungen worden, es gilt deshalb auf der einen Seite Dänemark nach dem londoner Tractat unverletzt zu erhalten, andererseits für Schleswig und Holstein die Zustände wiederherzustellen, welche bis 1852 resp. 1846 bestanden. Das ist nur möglich dadurch, daß man den Troß der dänischen Demokratie durch einen Krieg bricht, welcher den König Dänemarks von ihrer Herrschaft befreit und demselben gestattet, die alten Zustände wieder herzustellen. Da der Bund die Angelegenheit Holsteins als eines Bundesstaates in die Hand genommen hat, mag man vorläufig darüber die Herren in Frankfurt walten lassen, unterdeß ist es Aufgabe Preußens und Oesterreichs als der Mächte, welche die Verträge mit Dänemark 1851 und 1852 abgeschlossen und das londoner Protokoll unterzeichnet haben, ohne Rücksicht auf den Eifer, welcher die kleinen Bundesstaaten ergriffen hat, in Schleswig zur That überzugehen und den Krieg mit Dänemark für die Befreiung des Königs von Dänemark von den Demokraten, für die Rechte Dänemarks an Schleswig und Holstein und für die alten Landstände beider Herzogthümer zu beginnen.

Diese Politik ist also ein Krieg gegen Dänemark für Dänemark, ein Krieg für die Herzogthümer und gegen die Herzogthümer. Das Endergebnis soll sein, nachdem die Prätensionen der dänischen Eiderpartei gedämpft sind, die drei deutschen Landschaften Schleswig, Holstein und Lauenburg dem König von Dänemark wieder zu übergeben, drei deutsche Länder von neuem mit einem fremden Staat unauflöslich zu verbinden, und die Ansprüche des neuen Herzogs gründlich zu beseitigen. Bei solchem Verfahren hat man nach allen Seiten freies Vorgehen. Dem Bunde gegenüber behält man sich Schleswig als internationales Object vor, die Bewegung in Holstein überzieht und unterdrückt man durch österreichische und preussische Truppenmassen, dem Ausland gegenüber steht man durchaus auf dem Boden der Verträge, dem preussischen Heere und Volke bewilligt man immerhin einen Krieg mit Dänemark, vor dem König von Preußen bewahrt man vor allem die Politik der freien Hand. Und dem preussischen Ministerpräsidenten lag ohne Zweifel die Erwägung nahe, eine solche Kriegsführung läßt in der That freie Hand, man kann sich ja auch noch anders entschließen, man kann, wenn die Dänen trotzig bleiben und die europäischen Conjunctionen günstig werden, ihnen vielleicht die Herzogthümer auch nicht zurückgeben, man kommt in jedem Falle in eine „Action“, bei welcher das preussische Heer wieder eine Bedeutung gewinnt und die Reden der Abgeordneten noch gleichgültiger werden als sie jetzt erscheinen.

Das war bis zu den letzten Conseilitzungen die Politik des preussischen Ministeriums, wie sie in seiner Presse, öffentlicher Aussprache und den Verhandlungen selbst sich kundgegeben hat. Ob diese wiederholten feierlichen Berathungen irgend etwas daran geändert haben, ist unbekannt. Daß auch England keine Sympathien mit dieser Art den dänischen Staat zu retten haben mag, dürfen wir aus der letzten Drohung schließen, daß England sich auf Seiten Dänemarks stellen werde, wenn deutsche Truppen die Eider überschreiten. Wir haben allerdings noch keine Bürgschaft, daß diese Nachricht genau ist; denn wir kennen dieselbe nur zunächst aus einer inspirirten preussischen Zeitung, deren Neuigkeiten nicht in dem Rufe der Zuverlässigkeit stehen. Wenn aber in der That dies englische Verbot den Kriegseifer Preußens und Oesterreichs dämpfen sollte, so würden doch die vordringenden Armee-corps unzweifelhaft Holstein anfüllen und wenigstens in diesem Lande europäischen Verträgen Achtung verschaffen. — —

Vertrag von 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025

So weit sind wir.

Für Deutschland und Schleswig-Holstein aber ist der nächste Fortschritt Anerkennung der herzoglichen Erbrechte durch den Bund und der mit Nothwendigkeit daraus hervorgehende Beschluß, dem rechtmäßigen Herzog sein Erbe zu übergeben.

Dann entsteht für Preußen und Oestreich die Nothwendigkeit sich zu entscheiden. Fügen sie sich dem Beschluß der Majorität am Bunde nicht, so beginnt in Deutschland selbst die Auflösung des Bundes in einer Weise, wie sie noch vor wenig Wochen jedem Deutschen unglaublich geschehen hätte. Eine nationale Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten gegen Preußen und Oestreich, dem Wesen nach, wenn auch nicht in der Form ein neuer Rheinbund, welchem das deutsche Volk in Verzweiflung über das System Preußens und Oestreichs, voll von Haß und Zorn gegen die dort leitenden Persönlichkeiten weder eine Forderung noch selbst einen ausführbaren Wunsch entgegenzusetzen hat. Kaiser Napoleon wartet ruhig darauf. Wie das preussische Volk sich bei solchem Verlauf der Dinge verhalten wird, darüber haben wir nur Muthmaßungen.

Gegenüber diesen Gefahren ist zwar nicht unmöglich, daß man in Berlin auf den Weg hinüberlenkt, welchen der Vortheil des Staates und Empfindungen, für welche man bis jetzt gleichgiltig war, nahe legen. Daß dies mit Erfolg und Ehre nur geschehen kann zugleich mit einem Personenwechsel, wird Wenigen zweifelhaft sein. Ein solcher Umschwung der Politik wird aber zur Zeit noch mehr gewünscht als gehofft.

Wir haben Herrn v. Bismarck nicht alle diejenigen Eigenschaften zuschreiben können, welche für den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen wünschenswerth sind. Aber man hat ihn bis zum Tode des Königs von Dänemark für einen Politiker von gewandtem Geist gehalten, der wohl geschickt ist, die Blöße eines Gegners zu benutzen. Daran mußte man in den letzten Wochen irre werden. Als bei dem plötzlichen Eindringen der neuen Verwicklung die Majorität des Abgeordnetenhauses einige Tage unsicher war, welche Stellung sie einzunehmen hatte, da lag es in der Hand des Herrn v. Bismarck, einen taktischen Fehler seiner Gegner zu benutzen, die Majorität der Opposition zu sprengen, die Reorganisation des Heeres durchzusetzen, sich selbst durch Verfolgen einer großen preussischen Politik zu befestigen. Das alles konnte er mühelos erreichen, wenn er dem Abgeordnetenhause zuvorkam, seinerseits offen und entschieden das Recht der Herzogthümer anerkannte. Er konnte dadurch vielleicht einer geheimen Stimmung seines Königs genügen, das Schwanken der Opposition sich in einen großen Sieg verwandeln, den Staat aus dem verderblichen alten Hader mit einem Schlage herausheben. Daß er zu solchem Entschluß nicht geeignet war, ist doch bedeutsam. Wieder bestätigt sich die alte Erfahrung, daß ein gnadenvolles Schicksal jedem, und sei die Lage noch so mißlich, in der letzten Stunde noch einmal die rettende Hand entgegenhält. Ihm aber haben Gespenster aus vergangener Zeit den Blick abwärts gezogen von der Stelle, an der für ihn Rettung und Erhebung zu finden war. Was jetzt geschehen muß, wird er nicht leiten, sondern erdulden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. C. Albert in Leipzig.